



**Presseerklärung des Bundesverbandes der Bürgerbewegungen
zur Bewahrung von Demokratie, Heimat und Menschenrechten e.V.
zum Maulkorberlass gegenüber dem Berliner Oberstaatsanwalt Reusch**

Zensur im Namen Allah's

„Weiterhin glauben wir nicht, dass die Medien von außen gelenkt werden sollen sondern vielmehr, dass Sie selbst Wege finden, um sich selbst zu zensieren. Was die Selbstzensur anbelangt, möchte ich Sie auch bitten das Bedürfnis der Überwachung innerhalb Ihrer eigenen professionellen Reihen zu bedenken.“

(Benita Ferrero Waldner, EU-Kommissarin für Außenrelationen und die Europäische Nachbarschaftspolitik an ausgewählte Medienvertreter aus allen euromediterranischen Staaten am 22.05.2006)

Knapp zwanzig Jahre nachdem der eiserne Vorhang dem Wertstoff- Recycling zugeführt und freier Journalismus theoretisch in ganz Europa möglich wurde, sind wir wieder am historischen Scheideweg angelangt. Wer heute noch die Worte „Gastarbeiter“ oder „Einwanderer“ anstatt des politisch korrekten „Migranten“ verwendet, der handelt sich glatt eine Rüge des Deutschen Presserates ein. Noch schlimmer ist es, wenn bei mohammedanischen Intensivstraftätern das Herkunftsland genannt wird. Bei vietnamesischen Zigarettenschmugglern, chinesischen Schutzgeldtriaden und italienischen Mafiamitgliedern ist man nicht so zimperlich. Da duldet sogar der Presserat erstaunlicherweise den Hinweis auf den „Migrationshintergrund“.

So wird denn schon mal groteskerweise ein versuchter Totschlag an einem Bürger, der völlig gesetzeskonform die neueste Errungenschaft der EU- Bürokratie, nämlich das Rauchverbot auch im öffentlichen Nahverkehr, unseren nicht so informierten jugendlichen Kulturbereicherern nahezubringen versucht hat („*Sch.....deutscher*“), in Presseberichten als Streit zwischen Rauchern und Nichtraucher dargestellt. Der aufmerksame Zeitungsleser wird also zwischen den Zeilen zu lesen suchen und verortet dementsprechend Straftäter bei fehlenden Angaben zum ethnischen Hintergrund automatisch - ob berechtigt oder auch nicht - bei den sogenannten „orientalischen Migranten“

Ist diese Art von Desinformation beabsichtigt oder gegebenenfalls sogar zentral gesteuert? Zumindest ist sie politisch gewollt. Die dem Europarat zugehörige „Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz“ (ECRI) gab schon im Jahr 2000 die „*Politische Empfehlung Nr.5: „Bekämpfung von Intoleranz und Diskriminierung gegenüber Muslimen*“ heraus, in der die Multikulti-Doktrin zum alleinbetungswürdigen Götzen verklärt, Islamkritik als Rassismus gebrandmarkt, und muslimischen Migranten eine immerwährende Opferrolle zugebilligt wurde. Seitdem wacht die Kommission darüber, welches Bild in den Medien vermittelt wird, wobei, da Muslime ja kollektiv den Opferstatus beanspruchen, es den selbstverordneten Frieden nur stören würde, wenn dieselben vergleichsweise überdurchschnittlich als Täter in Erscheinung treten.

Manch einer hält sich nicht daran, weil er täglich mit den Auswirkungen konfrontiert ist, wie zum Beispiel der Berliner Oberstaatsanwalt Roman Reusch, dem von seinem Vorgesetzten ein Maulkorb verpasst und von seiner Justizministerin ein Disziplinarverfahren angehängt wurde. Warum dieses? Der Justizbeamte hat politisch völlig unkorrekt die Tatsache öffentlich gemacht, dass etwa achtzig Prozent der Intensivstraftäter in Berlin einen „orientalischen Migrationshintergrund“ haben. Reusch: „*Alle anderen Nationalitäten stellen Einzelfälle dar.*“ Damit er seine ketzerischen Erkenntnisse nicht auch noch bei Plassbergs ARD -Talkshow dem deutschen Michel präsentieren darf, wurde er von seinem Dienstherrn zurückgepiffen und ihm Redeverbot erteilt, mit der Begründung, er sei ja nicht auf „*Linie*“.

Richtigerweise stellt der CSU- Querdenker Dr. Peter Gauweiler fest: *„Die Promis von Politik und Gesellschaft beobachten die abstoßende Brutalität in unseren U- und S-Bahnen wie aus einer VIP-Loge, aber mit immer mehr Leibwächtern. Dabei ist jede Kellnerin, die nachts mit der S-Bahn nach*

Hause fährt, im Durchschnitt mehr gefährdet als ein deutscher Minister." Nur hat die Kellnerin eben keine bewaffneten Bodyguards und keinen Chauffeur. Sie fühlt sich von den namenlosen EU-Bonzen im Stich gelassen, die in irgendwelchen Kommissionen und Komitees versteckt, die Richtlinien europäischer Politik bestimmen und den nationalen Regierungen und Parlamente als Exekutivorgane des EU- Kalifats für die Umsetzung in nationale Gesetzgebung Fristen setzen. Das Volk stört da nur. Egal wen die EU- Untertanen wählen, die Politik machen nicht gewählte Volksvertreter, sondern Bürokraten und Lobbyisten, manchmal eben auch saudi-arabische.

So werden dem islamkritischen Blogger „Lionheart“ wohl bei einer möglichen Rückkehr in sein Heimatland Großbritannien die Handschellen angelegt, falls er sich nicht doch noch entschließen sollte, in den USA einen Asylantrag zu stellen. Warum? Weil er über islamischen Rassismus schreibt, wird ihm selbst Rassismus vorgeworfen. Nicht der Hassprediger, der zum Tod von Juden und Christen aufruft, ist demnach kriminell, sondern derjenige, der darüber berichtet. Es ist nur eine Frage von wenigen Jahren, bis diese Rechtsauffassung, nämlich dass Islamkritik gleich Islamophobie gleich Rassismus sei, auf Veranlassung der EU- Muftis auch hierzulande zum Straftatbestand wird.

Zensur ist das Werkzeug von Diktaturen, nicht von Demokratien. Aber wer das Dogma vom „friedlichen Islam, der durch böse Islamisten missbraucht wird“ entgegen aller Fakten die dagegen sprechen, weiterhin flächendeckend predigen möchte, kommt um möglichst weitestgehende Zensur nicht herum. Seit Beginn des in der Öffentlichkeit nahezu unbekanntes Barcelona- Prozesses 1995, der die bisherigen Beziehungen der EU- Länder zu den arabischen Ländern auf der Basis Zulassung von Massen- Migration und Islamisierung gegen gesicherte Ölversorgung institutionalisierte, hat sich dieser Prozess praktisch verselbstständigt und führt dazu, dass völlig undemokratisch gegen den erklärten Willen der einheimischen Bevölkerung, dieselbe sich auf dem Rückzug in eine Nischengesellschaft befindet. Wer immer es sich leisten kann, zieht in „unbelastete“ Wohngebiete oder schickt seine Kinder auf Privatschulen. Übrig bleiben die sozial Schwachen, die ihren Nachwuchs als Anpasser an die Rütli-Borats erleben müssen, deren nichtverschleierte Töchter als Freiwild betrachtet werden, und deren Omas sich nicht mehr alleine auf die Straße geschweige denn in die U-Bahn trauen.

Und wenn im derzeitigen Wahlkampfgetümmel Politiker eine Verschärfung des Jugendstrafrechts fordern, so ist das Populismus vom Feinsten und eine weitere Anpassung an islamische Strafrechtsnormen. Wer aus dem Heimatland der Eltern weiß, dass dort Dieben die Hand abgehackt wird, der lässt sich von Fahrverboten und Anti-Aggressions-Training nicht schocken. Für einen jugendlichen Intensivtäter ist Schwarzfahren sicher das geringste Vergehen, das geahndet wird. Würden unsere Richter das bestehende Jugendstrafrecht auch nur in normalem Umfang anwenden, vieles bliebe uns erspart. Aber Richter fahren eben eher selten mit öffentlichen Verkehrsmitteln.

Wer vorsätzlich die Systemimmanenz von Gewalt in Koran und Sunna leugnet oder verharmlost, macht sich schuldig an der nachfolgenden Generation und braucht sich über sogenannte „Migrantengewalt“ nicht zu wundern. Und wer die Gefahr des politischen Islam der Wahabiten und der Muslimbruderschaft, wie er von den selbsternannten islamischen Verbänden propagiert wird, kleinredet, möge an den 30. Januar 1933 denken. Auch damals wurde die Gefahr maßlos unterschätzt. Eine der ersten Maßnahmen war dann die Gleichschaltung der Presse.

Der BDB solidarisiert sich mit Roman Reusch und allen anderen Kritikern der gesellschaftlichen Zustände und fordert ein sofortiges Ende der Zensur politisch unliebsamer Beiträge!

Der BDB fordert die ersatzlose Abschaffung des Deutschen Presserates und eine politisch völlig unabhängige Presse.

Conny A. Meier, BDB- Pressesprecher 9.Januar 2008